

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Montag, 26.11.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Bornemann, Bernd

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Swieter, Benjamin

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard
Odinga, Hinrich

für Carmen Schönsee

FDP-Fraktion
Ammersken, Heino
Bolinus, Rolf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Brandt, Birka	Vertreter der Elternschaft
Dr. Nolte, Detlev	Vertreter der Lehrerschaft d. berufsb. Schulen
Buischer, Herbert	Vertreter der Elternschaft
Geerken, Rainer	Vertreter der Arbeitnehmerverbände
Kaufhold, Josef	Vertreter der Lehrerschaft d. allgemeinb. Schulen

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas

Protokollführung
Kramer, Doris

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Bornemann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sprengelmeyer erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 7 vertagt werden müsse, da neue Anträge zu diesem Punkt eingegangen seien und sich zudem neue Initiativen auf Bundesebene abzeichnen. Er schlägt deshalb vor, den Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Bornemann erkundigt sich, ob der Tagesordnungspunkt 7 damit von der Verwaltung zurückgezogen werde. Herr Sprengelmeyer bejaht dieses.

Für Herrn Renken ist die Vorgehensweise nicht nachvollziehbar. Mit Hinblick auf die in den benachbarten Landkreisen bereits erlassenen Richtlinien, könne es keinen Grund geben, heute über diesen Punkt nicht zu beraten.

Herr Mecklenburg gibt zu Bedenken, dass in der heutigen Sitzung das Thema nicht abgeschlossen werden könne, zumal die Anträge der Tagesordnungspunkte 9 und 11 in Verbindung zum Tagesordnungspunkt 7 zu beraten seien. Außerdem müsse der freiwillige kommunale Zuschuss zu den Schul- und Lernmitteln in den Haushaltsberatungen thematisiert werden.

Herr Ammersken merkt an, dass es sinnvoller sei, die Tagesordnungspunkte 9 und 11 auch abzusetzen.

Herr Bongartz, der in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender an der Sitzung teilnimmt, unterstützt die Aussage von Herrn Ammersken. Er regt an, Kontakt mit der Stadt Osnabrück aufzunehmen, die bereits Zuschüsse zu den Schul- und Lernmitteln verteilt.

Herr Bornemann bittet die Fraktionen zu erklären, wie mit ihren Anträgen zu den Tagesordnungspunkten 9 und 11 verfahren werden soll.

Herr Mecklenburg und Herr Koziolk erklären, dass sie ihre Anträge nicht zurückziehen.

Herr Bornemann schlägt vor, da die Anträge als Tagesordnungspunkte behandelt werden, die Tagesordnungspunkte 9 und 11 zusammen zu behandeln. Einwendungen dagegen gibt es nicht.

Beschluss:

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Schulausschusses

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 11.10.2007

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 11.10.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 15/0482

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden zusammen beraten.

Herr Lutz gibt einen kurzen Sachstandsbericht zur finanziellen Lage der Stadt Emden.

Herr Mecklenburg stellt den Antrag die Tagesordnungspunkte 5 und 6 an die Fraktionen zu verweisen.

Beschluss:

Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2011
Vorlage: 15/0484

Beschluss:

Verweisung an die Fraktionen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 7 Freiwilliger kommunaler Zuschuss zu den Schul- und Lernmitteln
Vorlage: 15/0536

Beschluss: Von der Verwaltung zurückgezogen.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Zuschuss zum Schulessen
Vorlage: 15/0538

Herr Buß erläutert die Vorlage. Eine Beschlussvorlage konnte noch nicht gefertigt werden, da noch einige Details zu berücksichtigen seien. Das Land habe signalisiert, sich evtl. an den Kosten zu beteiligen. Außerdem werde ein einheitliches Verpflegungskonzept für Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen angestrebt. Die Verwaltung werde eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereiten und den zuständigen Ausschüssen vorstellen.

Herr Hegewald bestätigt die finanzielle Beteiligung des Landes Niedersachsen. Demnach würde das Land Niedersachsen insgesamt 3 Mio. € zur Verfügung stellen.

Herr Renken bedauert, dass sich die Stadt Emden mit ihrer Entscheidung so viel Zeit lasse. Andere Landkreise würden längst Zuschüsse zum Schulessen geben. Er frage sich, was den Ausschuss daran hindere, zum 01.01.2008 die Bezuschussung einzuführen. Man erwarte, dass mehr Kinder an der Mittagsverpflegung teilnehmen können.

Herr Bongartz fügt hinzu, dass ein Konzept für die Essensbezuschussung dringend erforderlich sei, um die Angelegenheit in die Haushaltsberatungen einzubringen.

Herr Mecklenburg spricht sich auch dafür aus, die Finanzierung des Zuschusses in die Haushaltsberatungen einzubringen.

Herr Buisker fragt sich, worauf man warte. Alle wollen dasselbe, aber man komme nicht weiter. Man müsse sich endlich einmal einig werden.

Herr Renken kann dem nur zustimmen. Es sei nicht die Frage, ob ein kommunaler Zuschuss finanzierbar sei, sondern wie dieser finanzierbar sei. Der Ausschuss könne beschließen, dass die Mahlzeiten zu einem Preis von 1 € ausgegeben werden. Es sei kein Problem, heute darüber abzustimmen.

Frau Brandt fragt an, warum darüber nicht abgestimmt werden könne.

Herr Bornemann erklärt, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handele, über die nicht abgestimmt werden könne, sie sei nur zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Tagesordnungspunkt müsse mit dem Tagesordnungspunkt 10 verbunden werden. Der Tagesordnungspunkt 10 sei ein Antrag, über den abgestimmt werden könne.

Seitens der Ausschusmitglieder bestehen keine Einwände, den Tagesordnungspunkt 10 mit dem Tagesordnungspunkt 8 zusammen zu behandeln.

Der Beschlussvorschlag des TOP 10 wäre der Auftrag an die Verwaltung eine Summe für die Haushaltsberatungen zu ermitteln und in den Haushalt aufzunehmen.

Herr Mecklenburg beantragt, ab dem 01.02.2008 zum 2. Schulhalbjahr die Bezuschussung einzuführen.

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Lutz schlägt vor, mit Wirksamkeit des Haushaltes die Bezuschussung einzuführen, da am 01.02.2008 der Haushalt der Stadt Emden noch nicht rechtswirksam sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Gewährung von Beihilfen zur Beschaffung von Schulmaterialien für Kinder von ALG II-Empfängern/innen in der Stadt Emden
- Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20.03.2007 -
Vorlage: 15/0341

Herr Koziolk zeigt sich schockiert über das Zurückziehen des Tagesordnungspunktes 7 von der Tagesordnung. Die Bildung sei das höchste Gut des Menschen, dafür sollte man einiges investieren. Er halte an seinem Antrag fest.

Herr Mecklenburg entgegnet, dass man sich Gedanken machen müsse, welches Modell der Umsetzung anzustreben sei. Zudem müsse ein Konzept für die Haushaltsberatungen erstellt werden.

Herr Bongartz erwidert, dass eine haushaltsrelevante Vorlage einzubringen sei.

Herr Sprengelmeyer erklärt, dass an dieser Stelle keine detaillierten Verfahrensfragen zu klären seien, sondern strategische Entscheidungen zu treffen sein. Die Hilfen müssen bei den Schülern ankommen.

Ergebnis: Vertagt

TOP 10 Zuschuss zum Schulessen für Kinder aus Hartz IV-Familien
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 08.05.2007 -
Vorlage: 15/0342

Siehe Ausführungen des Tagesordnungspunktes 8.

Beschluss:

Die Stadt Emden ermöglicht Kindern aus bedürftigen Familien, insbesondere Beziehern von ALG II, durch eine Ermäßigung des Kostenbeitrages pro Essen auf einen Euro die Teilnahme am Mittagessen in den Schulen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Einrichtung eines Schulhilfefonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler;

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Schulausschusses

- Antrag der SPD-Fraktion vom 19.09.2007
Vorlage: 15/0444

Siehe Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 9.

Ergebnis: Vertagt

TOP 12 Antrag Elternbefragung zur Gesamtschule
- Antrag der SDP-Fraktion vom 08.11.2007
Vorlage: 15/0540

Herr Mecklenburg begründet seinen Antrag und beauftragt die Verwaltung zur nächsten Schulausschusssitzung ein Konzept vorzustellen. Den Eltern müsse der Inhalt der Schulform Gesamtschule nahe gebracht werden. Eine Elternbefragung könne im Frühsommer durchgeführt werden. Danach könne die Verwaltung die weiteren Schritte einleiten. Zum Schuljahr 2009/2010 wäre es möglich, eine Gesamtschule einzurichten.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, dass die Verwaltung ihre Meinung dargelegt habe. Eine Änderung des Errichtungsverbotes sei zwar angekündigt, aber derzeit nicht hinreichend konkretisiert. Solange vom Land keine neue abschließende Gesetzesänderung beschlossen sei, sehe man von einer Elternbefragung ab.

Herr Ammersken stimmt der Verwaltung zu und gibt zu Bedenken, dass ein Konzept erst sinnvoll sei, wenn eine Gesetzesänderung vorliege.

Herr Bongartz erinnert, dass man sich im Rat einig darüber gewesen sei, erst nach den Landtagswahlen Diskussionen zur Schulentwicklungsplanung zu führen. Seines Erachtens bestehe auch kein Bedarf für eine Gesamtschule.

Herr Kaufhold entgegnet, dass er mit voller Spannung auf die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung warte. Sie sei Voraussetzung für die Einrichtung einer Gesamtschule. Eine Gesamtschule schaffe für viele Schüler weitere schulische Möglichkeiten. Man müsse jedoch zunächst die Schulentwicklungsplanung gründlich diskutieren, bevor eine Elternbefragung durchgeführt werde.

Herr Renken merkt an, dass den Eltern in Emden eine Schulform vorenthalten werde. Er halte es für richtig, eine Elternbefragung durchzuführen. Die Gesamtschule sei eine Alternative zum Niedergang der Hauptschulen. Herr Renken bitte darum, dem Protokoll den Erlass des Nds. Kultusministeriums bei zufügen, der eine Bedarfsermittlung für Gesamtschule untersage.

Herr Lutz erklärt, dass es keinen direkten Erlass gebe. Es handele sich vielmehr um eine Einzelfall spezifische Regelung für den Landkreis Hildesheim. Er verdeutlicht, dass eine Elternumfrage nicht zur Einrichtung einer Gesamtschule führe. Gegen eine Informationsveranstaltung und Elternumfrage sei nichts einzuwenden, wenn die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzung vorlägen.

Her Sprengelmeyer führt aus, dass er und Herr Buß am Donnerstag und Freitag letzter Woche in Aachen an dem Kongress des Deutschen Städtetages „Bildung in der Stadt“ teilgenommen haben. Auf dem Kongress seien die strategischen Auswirkungen der Städte zum Thema „Bildung“ diskutiert worden. Auch seien die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft, Anmeldeverhalten der Eltern und Bildungsabschluss benannt worden. Die notwendige Vernetzung von Schule und Jugendhilfe sowie die Auswirkungen der Globalisierung auf die

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Schulausschusses

Leistungsanforderungen, die Wirkungen der PISA-Studien und die demografische Entwicklung seien deutlich geworden. Daraus ergeben sich auch Auswirkungen für die Stadt Emden, die in nächster Zeit zu konkretisieren sind. Die Ergebnisse des Kongresses sind in der dem Protokoll beigefügten „Aachener Erklärung“ enthalten (Anlage 1).

Herr Kaufhold bemerkt, dass unter den Lehrkräften große Unzufriedenheit herrsche, da viele von einer zur anderen Schule versetzt würden. Emden brauche eine Gesamtschule, daher sei die Schulentwicklungsplanung wichtig und müsse bis spätestens März angegangen werden.

Herr Bornemann fügt hinzu, dass die Schulentwicklungsplanung nach den Landtagswahlen thematisiert werden müsse und nicht verschoben werden dürfe.

Herr Mecklenburg möchte eine eindeutige Klärung wie mit dem Antrag seiner Fraktion nunmehr umzugehen sei. Er bestehe weiterhin auf die Erstellung eines Konzeptes zur Elterninformation- und Befragung zur nächsten Schulausschusssitzung.

Herr Bornemann stellt fest, dass der Antrag als Mitteilungsvorlage von der Verwaltung beantwortet worden sei und somit kein Beschluss gefasst werden könne. Da der Antrag jedoch vorliegt, fragt Herr Bornemann an, inwieweit abgestimmt werden könne.

Herr Lutz entgegnet, dass die Verwaltung eine Konzeption vorstelle, sobald eine gesetzliche Regelung vorliege.

Herr Buisker schlägt vor, den Antrag als Beschlussvorlage im übernächsten Schulausschuss zu behandeln.

Herr Sprengelmeyer erklärt, dass die Verwaltung aufgrund des Antrages eine Mitteilungsvorlage gefertigt habe. Man könne eine Abstimmung darüber durchführen, ob aufgrund des aufrecht erhaltenen Antrages die Verwaltung ein Konzept erstellen soll oder nicht.

Aufgrund einiger formeller Probleme mit der Abhandlung von Anträgen, entschließen sich die Fraktionen der CDU und FDP wegen der ungeklärten Rechtslage nicht an der Abstimmung teilzunehmen.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Emden beantragt, dem Schulausschuss in seiner nächsten Sitzung ein Konzept zur umfassenden Information der Eltern über die Bildungsmöglichkeiten an einer Integrierten Gesamtschule und zur darauf folgenden Befragung der Eltern der jetzigen Grundschuljahrgänge 1 – 3 vorzustellen.

Der Antrag ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.

Herr Buß gibt bekannt, dass die Zuwendungsbescheide im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) für die Osterburgschule und das Gymnasium am Treckfahrtstief eingegangen sind. Die Förderung stellt sich wie folgt dar:

	Beantragte Gesamtkosten	Förderung
Osterburgschule	2.948.758,44 €	2.329.000,00 €

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Schulausschusses

GAT

1.596.518,10 €

988.000,00 €

2.

Herr Buß teilt mit, dass drei Emdener Schulen durch die Schulinspektion geprüft werden. Vom 17. – 20.12.2007 werden die Schule Wybelsum und das Gymnasium am Treckfahrtstief inspiziert, vom 22. – 24.01.2007 die Westerburgschule.

3.

Herr Buß berichtet, dass am 19.11.2007 in der konstituierenden Sitzung des Stadtschülerrates, die Schülervertreter für den Schulausschuss gewählt wurden. Die Berufung durch den Rat steht noch aus. Die Schülervertreter können daher frühestens an der nächsten Schulausschusssitzung teilnehmen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Anfragen

-keine Anfragen-

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführerin

Oberbürgermeister